

Finanzsorgen beim Kantonsspital

Im Landrat wird die schwache Eigenkapitalquote des Baselbieter Spitals kritisiert

Von Joël Hoffmann

Liestal. Die Landratsdebatte zum Kantonsspital Baselland (KSBL) begann mit einer sarkastischen Ansage. Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), Hanspeter Weibel (SVP), wollte nicht selber über den Bericht zum KSBL-Geschäftsjahr 2015 sprechen: «Ich möchte nicht wieder die fast identischen Empfehlungen vom letzten Jahr vorlesen. Ich überlasse dies der Präsidentin unserer Subkommission, Pia Fankhauser, mit der Hoffnung, dass man auf sie vielleicht besser hört.»

Ob sich Weibels Hoffnungen erfüllen, wird sich in einem Jahr zeigen. Jedenfalls empfiehlt die GPK dem Regierungsrat bei nicht erreichten Zielen, also bei Abweichungen zwischen dem Soll- und dem Ist-Zustand, eingeleitete Massnahmen festzulegen und aufzuzeigen. Das operative Ergebnis nämlich, das sogenannte Ebitda, ging von 22,4 Millionen (2014) auf 13,8 Millionen Franken 2015 zurück. Damit verfehlte das KSBL das vom Kanton vorgegebene Ziel deutlich. Statt einer Ebitda-Marge von zehn Prozent verzeichnet das Spital gerade noch einen Wert von 2,9 Prozent. Dieser liegt sogar noch tiefer als die 4,8 Prozent 2014. Die GPK kritisiert, dass die Regierung in ihrem Bericht keine Gegenmassnahmen erwähnt hat.

Zweitens empfiehlt die GPK, die Mitarbeiterzufriedenheit auszuweisen und ein Ziel zu definieren. Das ist angesichts der gewichtigen Abgänge 2014 und den Umwälzungen (Spitalfusion)



Düstere Aussichten. Das Kantonsspital Baselland hat so wenig eigenes Geld, dass es um sein Überleben kämpfen muss. Foto Pino Covino

eine wichtige Grösse. Was nicht erwähnt wird: Allgemein bekannt ist, dass bei zufriedeneren Mitarbeitern die Komplikations- und Mortalitätsrate kleiner ist. So verlangt die GPK weiter, dass die Qualitätskennzahlen künftig nicht pro Standort einzeln aufgelistet werden, sondern zusammengefasst

über alle drei Standorte, «weil wir auch wissen, dass die Zahlen gut sind», wie SP-Landrätin Fankhauser sagt.

Kapitalnachschiess fürs KSBL

Auch SVP-Präsident Oskar Kämpfer beurteilte die medizinische Qualität: «Wir haben hervorragende Ärzte, aber

eine mangelhafte Organisation.» Auch Regula Meschberger (SP) verlangte, dass die Regierung «dringend» den Empfehlungen der GPK folgen solle.

Die wahre drohende Tragödie für das Kantonsspital und die Kantonsfinanzen brachte hingegen der Landrat der Grünen, Klaus Kirchmayr, auf den Punkt: «Die Kapitalisierung von unserem Spital erlaubt eine Weiterbewirtschaftung nach dem Status quo nicht mehr.» Das heisst: Das KSBL hat demnach wenig Eigenkapital, dass es, so Kirchmayr, für das Spital künftig schwierig werde, Kapital aufzunehmen. Auch die GPK beurteilt die Finanzlage als kritisch. Das Eigenkapital sank von 99 Millionen 2014 auf «neu noch» 91 Millionen Franken.



Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Kirchmayr ist nicht nur Landrat, sondern auch selbst ernannter Prophet des Untergangs: «Ich prophezeie, dass wir mit einem Kapitalnachschiess dem KSBL helfen müssen, wenn der Regierungsrat nicht weitermacht.» Damit verweist er auf die geplante Fusion des Kantonsspitals Baselland mit dem Basler Universitätsspital. Offiziell verkaufen die Gesundheitsdirektoren beider Basel die Spitalfusion zwar nicht so, doch ohne Fusion ist das Kantonsspital Baselland mittelfristig nicht überlebensfähig – ausser am Finanztropf des klammern Kantons Baselland.

Nachrichten

Jürg Degen tritt aus dem Landrat zurück

Liestal. Der ltinger SP-Landrat Jürg Degen tritt per Ende November 2016 aus dem Kantonsparlament zurück. Landratspräsident Philipp Schoch hat gestern das Demissionsschreiben des 66-Jährigen verlesen. Jürg Degen, Landratspräsident des Jahres 2012/2013, gehörte dem Parlament seit 2003 an. Erste Nachrückende auf der SP-Liste des Wahlkreises Sissach ist Sandra Strüby aus Buckten. Gu

Kein Musikgehör für Schwimmpetition

Liestal. Der Landrat hat gestern eine von 700 Personen unterzeichnete Petition für die Weiterführung des Schwimmunterrichts an der Sekundarschule Binningen zur Kenntnis genommen, das Anliegen jedoch aus Gründen der Gleichbehandlung sämtlicher Sekundarschulen abgelehnt. Das Hochbauamt hatte die Fixmiete mit dem Hallenbad gekündigt, weil die Sek Binningen dadurch bisher eine Vorzugsbehandlung genossen hatte. Gu

Es bleibt bei der Vierjahresperiode

Kredit für Beratung in Schwangerschafts- und Beziehungsfragen

Von Thomas Gubler

Liestal. Der Auftrag an die Beratungsstellen für Schwangerschafts- und Beziehungsfragen wird auch für die Jahre 2017–2020 fortgesetzt. Der Landrat hat gestern einem entsprechenden Verpflichtungskredit in der Höhe von 895 000 Franken zugestimmt. Allerdings soll die Regierung im Hinblick auf eine weitere Fortführung des Auftrags im Jahr 2021 die Aktualität des Leistungsauftrags evaluieren.

Die Fortführung des Auftrags war grundsätzlich nicht infrage gestellt. Doch anders als die Regierung wollte die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission einen Verpflichtungskredit nur für die Jahre 2017 und 2018 in der Höhe von 449 000 Franken sprechen. Allerdings nur mit sieben zu sechs Stimmen. Vonseiten der Bürgerlichen wurden gewisse Zweifel an der längerfristigen Notwendigkeit der entsprechenden Beratungstätigkeit geäussert. Die Rat-

Uneinigkeit über die künftigen Rollen

Landrat nickt Bericht der Fachkommission zur Staatsanwaltschaftsaufsicht ab

Von Thomas Gubler

Liestal. Es sei nun schon viel über den Bericht der Fachkommission zur Aufsicht über die Staatsanwaltschaft (Stawa) und deren Bericht geredet und geschrieben worden, sagte der Präsident der Justiz- und Sicherheitskommission (JSK), Andreas Dürr (FDP). Statt dem Gesagten Weiteres hinzuzufügen, fasste Dürr mit launigen Worten die Arbeit dazu in der JSK zusammen und betonte die ausgewogene Wortwahl im JSK-Bericht, sodass dieser einstimmig habe verabschiedet werden können. Als dann wies Dürr darauf hin, dass die organisatorische Frage der Stawa-Aufsicht – ob Strafrichter weiterhin die Anklagebehörde beaufsichtigen sollen – erst später in der Kommission im Rahmen einer Gesetzesrevision behandelt würden. Der Bericht der JSK, so Andreas Dürr, «ist aber ein Appell an alle Beteiligten, sich zusammenzurufen; denn so kann es nicht weitergehen». Angespielt wurde damit auf allfällige persönliche Animositäten zwischen Exponenten der Aufsichtsbehörde und der Staatsanwaltschaft.

Selten dürfte ein Kommissionspräsident darauf derart mit Dankesbezeugungen für seine Arbeit überhäuft worden sein, wie Andreas Dürr. Und zwar von links bis rechts. Jacqueline Wunderer (SVP) lobte jedoch auch die Stawa-Aufsicht, von welcher die SVP vollauf überzeugt sei. «Man darf diese Fachkommission nicht schwächen. Ein harmonischer Umgang ist nicht anzustreben», sagte Wunderer im Hinblick auf die Gesetzesrevision.

Uneinige SVP

Unterstützt wurde sie dabei von Jürg Wiedemann (GU), der noch etwas konkreter wurde. «Die Erste Staatsanwältin und der Präsident der Aufsichtskommission müssen sich nicht liebhaben», sagte Wiedemann. Hingegen müsse die Staatsanwaltschaft akzeptieren, dass ihr in die Karten geschaut werde. Damit sicherte sich Wiedemann den Applaus von SVP-Präsident Oskar Kämpfer, der dem unabhängigen Grünen «vollauf recht» gab.

Einig war man sich in der SVP-Fraktion freilich nicht. Hanspeter Weibel, der als Präsident der Geschäftsprü-

fungskommission (GPK) die Zusammensetzung der Aufsichtskommission schon mehrfach kritisiert hatte, zeigte sich irritiert vom Votum seines Parteipräsidenten. «Wir haben es beim Aufsichtsgremium mit einer Fehlkonstruktion zu tun, weil Mitspieler als Assistenzschiessrichter auftreten», sagte Weibel. Zudem sei die Fachkommission ein Hilfsorgan der Regierung, in deren Kompetenz es sei, die Empfehlungen umzusetzen oder nicht.

Ähnlich wie Weibel argumentierten Regula Meschberger (SP) und Marc Schinzel (FDP). «Wir müssen hier die Rollen neu definieren», sagte Meschberger. Schinzel gab zu bedenken, dass sich wohl alle Beteiligten Mühe geben würden, «dass wir aber alle Mühe haben mit der gegenwärtigen Situation».

Sicherheitsdirektor Isaac Reber (Grüne), in dessen Verantwortungsbereich das Geschäft fällt, dankte lediglich dem Kommissionspräsidenten und erklärte, dass er den Appell verstanden habe. Worauf der Landrat den Bericht der Aufsichtskommission mit 81 zu null zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Landrat will unabhängig bleiben

Nein zu einer Begleitkommission für den neuen Uni-Vertrag

Von Thomas Dähler

Liestal. Zu den Verhandlungen über einen neuen Universitäts-Vertrag der beiden Basel wird es im Kanton Baselland keine Begleitkommission des Parlaments geben. Der Landrat hat gestern in Liestal ein Verfassungskonzept von Hanspeter Weibel (SVP), der eine Vorlage für eine solche Kommission ausarbeiten lassen wollte, mit 42 gegen 32 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Ausschlaggebend für das Nein des Parlaments war das Argument der Gewaltenteilung. Nur wenn der Staatsvertrag allein durch die Regierung ausgearbeitet werde, könne das Parlament später unabhängig darüber befinden, wurde argumentiert.

«Es geht um ein Signal an Basel-Stadt», warb Weibel für die Begleitkommission. Zurzeit werde über den Leistungsauftrag der Universität verhandelt. In dieser Situation könne die Regierung über ein unterstützendes

Signal aus dem Landrat nicht unglücklich sein. Er stelle sich anschliessend eine kleine begleitende Kommission aus unabhängigen Parlamentariern zur Begleitung der Verhandlungen um den neuen Staatsvertrag vor. Ausser der SVP engagierte sich nur noch die CVP vehement für eine begleitende Kommission. Die Verfassung sehe eine solche Kommission für wichtige Verträge vor, argumentierte Felix Keller, und der Universitäts-Vertrag sei ein wichtiger.

Rolf Richterich (FDP) erklärte eine Begleitkommission demgegenüber für «staatspolitisch fragwürdig». Sie beeinflusse das Parlament in seiner späteren Rolle zu sehr. Mirjam Locher (SP) ergänzte, eine solche Kommission würde auch der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission ins Gehege kommen. Marc Schinzel (FDP) machte gar beliebt, den entsprechenden Paragraphen in der Kantonsverfassung zu streichen: «Wir stehen uns damit nur selber im Weg.»

SP gegen 80 Jahre Lärm und Verkehr

Sozialdemokraten lehnen Richtplan für Deponien ab

Von Daniel Aenishänslin

Füllinsdorf. Die Delegierten der SP Baselland sprachen sich mit einer klaren Mehrheit für das Referendum aus. Dieses soll verhindern, dass im Kantonalen Richtplan neue Deponiestandorte im Laufental verankert werden. Baselland, Basel-Stadt und Dorneck-Thierstein benötigen Inertstoff-Deponien für ihr unverschmutztes Aushub- und Ausbruchmaterial. An ihrer Versammlung im Pfarreizentrum Dreikönig in Füllinsdorf liessen die Delegierten sowohl das Lager der Befürworter als auch jenes der Gegner der Abstimmungsvorlage zu Wort kommen.

Landrat Martin Rüegg machte sich stark für die Deponiestandorte Stutz und Sunnerai auf dem Gebiet der Gemeinden Blauen und Zwingen. Fünf Millionen Kubikmeter Aushub- und Ausbruchmaterial müssten in den kommenden 15 Jahren ihre Deponie finden, führte er aus. «Echte Alternativen» zu den Standorten Stutz und Sunnerai würden keine zur Verfügung stehen. Das Verfahren sei korrekt durchgeführt, die Gemeinden miteinbezogen worden. Zudem sei es sinnvoll, gemeinsam mit Basel-Stadt und Solothurn, nach Lösungen zu suchen. Jedenfalls stosse der aktuelle Transport ins Ergolzthal sowie nach Deutschland und Frankreich an seine Grenzen.

«Gigantische Dimension»

Remo Stebler, kein SP-Mitglied, vertrat die Perspektive der Deponie-Gegner. Er wollte vor allem die Pfandel- und Bernhardsmättelquelle geschützt sehen. Deponien dürften nicht in Grundwasserschutzzonen errichtet werden. «Wir wollen unsere Ressourcen nicht kurzfristigen, wirtschaftlichen Interessen opfern», bemängelte Stebler. Martin Rüegg gab zu bedenken, die Bernhardsmättelquelle sei alleine dadurch infrage gestellt, dass sie Wohngebäude, ehemalige Deponien und eine sanierungsbedürftige Schiessanlage tangiert. Weiter argumentierte er, die beiden Quellen würden mit einer provisorischen Bewilligung genutzt. Für eine weitere Nutzung seien hohe Investitionen nötig.

Stebler kritisierte die «gigantische Dimension» von rund 36 Millionen Kubikmeter Fassungsvermögen. «Für die betroffenen Gemeinden bedeutet das 80 Jahre Lärm, Verkehr und Belastungen», illustrierte er sein Anliegen. «Man kann nicht über einen Zeitraum von vier Generationen planen.» Er könne auch nicht verstehen, dass lediglich zehn Prozent des Aushubs aus dem Laufental stammen sollen, wo die Deponien platziert wären, während die Hälfte des Materials aus anderen Kantonen stammen solle. Es sei einmalig in der Schweiz, dass der Kern einer Deponie lediglich 150 Meter vom Siedlungsgebiet entfernt liegen soll. Remo Stebler kündigte an, notfalls bis vor das Bundesgericht zu gehen.

«Pro Minute ein Lastwagen»

Doris Capaul vom Amt für Raumplanung war an der Suche nach geeigneten Deponien beteiligt. «Es besteht die zwingende Notwendigkeit, einen Standort in der Region zu finden», sagte die Frenkendörfer Gemeinderätin. Sie verwies auf die Pflicht des Kantons, Bauabfälle sicher und umweltgerecht zu lagern. 60 mögliche Standorte seien geprüft worden. Der Standort Stutz sei das Ergebnis dieser Evaluation. «Die Wasserversorgung wird nicht gefährdet», versicherte Capaul.

Landrat Hannes Schweizer hielt es für «fragwürdig», es einer Region zuzumuten, «dass pro Minute ein Lastwagen durchs Wohnquartier fährt». Während Rüegg betonte, die angedachten Deponien hätten die nötige Grösse, um der Wirtschaftlichkeit und der Umwelt gerecht zu werden, möchte Schweizer weiterhin die Deponien dezentral platziert haben. Damit seien auch die Anfahrtswege kürzer. Erste Priorität habe ganz klar das Trinkwasser. «Die Lösung lautet, dem Referendum zustimmen und zurück auf Feld eins», sagte Schweizer.